

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschriften des öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.12.2014 und 08.01.2015 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Präsentation proWissen Potsdam e.V.
Wissenschaftsetage im Bildungsforum
- 4 Anträge Straßenbenennung/ Straßenumbenennung
 - 4.1 Straßenbenennung in 14476 Potsdam
Hier: Insel Neu Fahrland
 - 4.2 Straßenbenennung in 14471 Potsdam
Hier: Luftschiffhafen
 - 4.3 Straßenumbenennung im OT Groß Glienicke in 14476 Potsdam
Hier: Umbenennung der Straße "Schwarzer Weg"
 - 4.4 Straßenbenennung im OT Groß Glienicke in 14476 Potsdam
Hier: Bebauungsplangebiet GG 11A "Waldsiedlung" - Quartier 3
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 5.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2015/2016
Vorlage: 14/SVV/1088
Oberbürgermeister, Fachbereich Finanzen und Berichtswesen
alle Ausschüsse und OBR
 - 5.2 Planung zur Finanzierung städtischer Kultureinrichtungen
Vorlage: 14/SVV/0717
Fraktion DIE LINKE
FA
i.V.m. Ergänzungsantrag der Fraktion Bürgerbündnis-FDP
 - 5.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' -
Nummer: 8 Erhalt und Förderung des 'Extavium'
Vorlage: 14/SVV/1065
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
 - 5.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' -
Nummer 19 Förderung Nachbarschaftshaus 'Scholle 34'
Vorlage: 14/SVV/1077
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
 - 5.5 Frauennamen für Potsdamer Straßen
Vorlage: 15/SVV/0047
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
 - 6.1 Projektförderung

- 6.2 Chorförderung
- 6.3 Sachstandsbericht Kunstpreis
- 7 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung**

Frau Dr. Schröter eröffnet die Sitzung.

zu 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschriften des öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.12.2014 und 08.01.2015 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Frau Dr. Schröter stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Auf die Nachfrage, ob es Einwände gegen die Niederschriften vom 18.12.2014 und 08.01.2015 gebe erwidert Herr Reich, dass er darum bittet seine Aussage, wie oft die freien Träger von Tarifaufwüchsen unberücksichtigt blieben, mitaufgenommen wird.

Frau Dr. Schröter stellt die Niederschrift vom 18.12.2014 und die Niederschrift vom 08.01.2015 mit den Ergänzungen zur Abstimmung. Den Niederschriften wird einstimmig zugestimmt.

Frau Dr. Schröter schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 5.5 vor den Tagesordnungspunkt 5.1 vorzuziehen. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

zu 3 **Präsentation proWissen Potsdam e.V. Wissenschaftsetage im Bildungsforum**

Frau Dr. Leinkauf, Leiterin der Geschäftsstelle Pro Wissen e.V., präsentiert den Mitgliedern des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft einen Kurzfilm über die Arbeit in der Wissenschaftsetage.

Frau Dr. Sommer, Bereichsleiterin des Bereichs Öffentlichkeitsarbeit/ Marketing der Stadt Potsdam, berichtet, dass die Realisierung einer Wissenschaftsetage, im Zentrum der Stadt Potsdam etwa 10 Jahre andauerte. Im Jahr 2004 nahm der Verein Pro Wissen e.V. seine Arbeit auf und machte es sich zum Ziel ein Forschungsfenster der Wissenschaft zu verwirklichen. Seit der Eröffnung des Bildungsforums, hat sich das Haus zu einem Besuchermagneten entwickelt. Im ersten Jahr konnten etwa 14.000 Besucher gezählt werden. In der Wissenschaftsetage selbst sind neben dem Verein proWissen e.V. auch die wissenschaftlichen Einrichtung Potsdam Graduate School, Potsdam Research Network und UP Tranfer GmbH vertreten.

Im Frühjahr 2015 wird die Stelle eines Standortmanagements im Bildungsforum etabliert. Der Standortmanager wird die Aufgabe haben zu koordinieren, Veranstaltungsangebote zu verdichten und die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu übernehmen. Eine weitere halbe Stelle wird für die Erstellung von Werbe- und Printmedien besetzt werden.

Frau Dr. Leinkauf informiert darüber, dass im ersten Jahr 324 Veranstaltungen durch die Wissenschaftsetage betreut wurden. Die Zusammenarbeit mit weiteren Institutionen wird stetig begrüßt und umgesetzt. Verschiedenste Veranstaltungsformate, wie die Potsdamer Köpfe können seit Jahren realisiert werden, aber auch neue Formate wie die Schüler- sowie Elternakademie konnten implementiert werden.

Frau Dr. Schröter bedankt sich bei Frau Dr. Leinkauf und Frau Dr. Sommer für ihre Ausführungen.

zu 4 **Anträge Straßenbenennung/ Straßenumbenennung**

zu 4.1 **Straßenbenennung in 14476 Potsdam** **Hier: Insel Neu Fahrland**

Herr Dr. Arlt nimmt Bezug auf den eingereichten Antrag zur Benennung einer Straße auf der Insel Neu Fahrland in „Am Fährgut“. Es handelt sich hierbei um einen Benennungsvorschlag mit historischem Bezug. Die im Namen erwähnte Fähre existiert seit längerer Zeit nicht mehr. Die im Antrag genannte Alternative „Am Schloss Nedlitz“ würde er nicht empfehlen. Seiner Ansicht nach, spräche der Benennung in „Am Fährgut“ nichts dagegen.

Frau Dr. Klockow informiert darüber, dass der Ortsbeirat Neu Fahrland dem Benennungsvorschlag einstimmig zugestimmt habe.

Frau Dr. Schröter stellt den Antrag zur Benennung in „Am Fährgut“ zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen

zu 4.2 **Straßenbenennung in 14471 Potsdam** **Hier: Luftschiffhafen**

Herr Dr. Arlt nimmt Bezug auf den eingereichten Antrag zur Benennung einer neu entstehenden Straße auf dem Gelände des Luftschiffhafens in „Im Sportpark“. Er betont, dass sich auch viele Frauen im Bereich des Sportes verdient gemacht haben. Im Rahmen seiner Recherche konnte er jedoch keine Frauen finden, die einen direkten Bezug zu Potsdam haben. Dennoch konnte er zwei sportlich herausragende Berlinerinnen ausfindig machen. Es handelt sich dabei um die Sportlerinnen Frau Gretel Bergmann und Lilli Henoach. Gretel Bergmann war eine jüdische Hochspringerin, die 1936 an der Teilnahme an den Olympischen Spielen durch die Nationalsozialisten gehindert wurde. Im Ergebnis der Recherche geht Herr Dr. Arlt davon aus, dass Frau Bergmann noch lebt.

Frau Lilly Henoach war in den 20iger Jahren deutsch Meisterin in der Leichtathletik und stellte 4 Weltrekorde auf. Sie wurde 1942 deportiert nach Riga, wurde jedoch auf dem Weg dorthin mit allen Insassen des Zuges erschossen. Nach Lilly Henoach wurden bereits Straßen, Sportplätze und auch Sporthallen benannt.

Herr Dr. Arlt führt aus, dass er die Benennung in „Im Sportpark“ als Übergangslösung in Ordnung fände, als dauerhafte Variante jedoch die Benennung nach einer Sportlerin begrüßen würde.

Die Mitglieder des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft müssten entscheiden, ob der Antrag eventuell zurückgegeben oder der Bezeichnung „Im Sportpark“ zugestimmt wird.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass Potsdam eine Sportstadt sei und aus diesem Grund die Benennung nach einer Sportlerin wünschenswert wäre.

Frau Dr. Magdowski informiert über den bestehenden Beirat Luftschiffhafen. Der Antrag könne zunächst an den Beirat für eine Empfehlung weitergeleitet werden.

Herr Dr. Kwapis entgegnet, dass die Weiterleitung an den Beirat aus seiner Sicht nicht erforderlich wäre. Unberücksichtigt der Tatsache, dass es sich hierbei um ein Sportareal handle, würde er auch die Benennung nach einer Nicht-Sportlerin befürworten.

Herr Kolesnyk betont, dass wenn der Antrag an den Beirat Luftschiffhafen weitergeleitet wird, darum gebeten werden soll, einen weiblichen Namen zur Straßenbenennung

vorzuschlagen.

Frau Dr. Schröter stellt folgenden Vorschlag zur Abstimmung:

Der Antrag zur Benennung der durch das Gelände des Luftschiffhafens führenden Privatstraße wird im Ausschuss für Kultur und Wissenschaft zurückgestellt. Der Antrag wird dem Beirat Luftschiffhafen zur Ideenfindung und Empfehlung übergeben.

Herr Dr. Arlt steht dem Beirat Luftschiffhafen unterstützend zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig angenommen

zu 4.3 Straßenumbenennung im OT Groß Glienicke in 14476 Potsdam Hier: Umbenennung der Straße "Schwarzer Weg"

Herr Dr. Arlt nimmt Bezug auf den Antrag zur Umbenennung der Straße „Schwarzer Weg“ in Groß Glienicke in „Eichengrund“. Bei der umzubenennenden Straße handelt es sich um keine asphaltierte Straße, sondern eher um einen Feldweg. Daher ist aus seiner Sicht die Bezeichnung „Eichengrund“ passend.

Frau Dr. Schröter stellt den Antrag zur Umbenennung der Straße „Schwarzer Weg“ in Groß Glienicke in „Eichengrund“ zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig angenommen

zu 4.4 Straßenbenennung im OT Groß Glienicke in 14476 Potsdam Hier: Bebauungsplangebiet GG 11A "Waldsiedlung" - Quartier 3

Herr Dr. Arlt nimmt Bezug auf den eingereichten Antrag zur Benennung von 4 Straßen im Bebauungsplangebiet GG 11 A „Waldsiedlung“. Bei der Auswahl der Straßennamen handelt es sich zum einen um Hans-Georg Ribbeck III., seine Gattinnen Margarethe Gottliebe von Pfuel und Eva Katharina von Görne und seinen Sohn Christoph Friedrich. Hans-Georg von Ribbeck III. betätigte sich insbesondere als Kirchenpatron zur Ausgestaltung der hiesigen Kirche. Der historische Dorfkern von Groß Glienicke ist vom Quartier 3 der Waldsiedlung weit entfernt. Herr Dr. Arlt empfiehlt die Straße Q3.1 nicht in „Hans-Georg-von-Ribbeck-Straße“, sondern in „Hans-Georg-Straße“ zu benennen. Eine Ribbeckstraße existiere bereits im OT Bornstedt.

Herr Sträter, Ortsbeiratsvorsitzender des Ortsbeirates Groß Glienicke, erläutert, dass es sich bei dem Gebiet um ein ehemaliges Kasernengelände handelt. Der Ortsbeirat habe den Vorschlägen zur Benennung der 4 Straßen einstimmig zugestimmt. Es sei problematisch, den Zusatz „von-Ribbeck“ in der Straßenbezeichnung wegzulassen, da dann eine konkrete Zuordnung zur Person nicht mehr möglich wäre. Die Nachfahren Ribbecks wurden bezüglich der Straßenbenennungen angeschrieben und befürworteten auch die Benennung der Straßen nach den Vorfahren. In dem noch zu benennenden 4. Quartier des Villenparks Groß Glienicke werden Namen aus der bürgerlichen Geschichte ausgewählt und dem Ausschuss zur Zustimmung vorgelegt werden.

Herr Dr. Kwapis macht deutlich, dass ihm eine Zuordnung der Straßen, die die Namen der Frauen und des Sohnes von Hans-Georg von Ribbeck III. tragen sollen, nicht möglich sei, auch wenn die Bezeichnung der Straße Q3.1 „Hans-Georg-von-Ribbeck-Straße“ gewählt werden würde.

Frau Walter schlägt vor, analog zum Luisenhof in Potsdam eine Erklärung zu den

Straßennamen an einer zentralen Stelle zu geben, sodass eine klare Zuordnung zu den Personen möglich ist.

Dies wird seitens der Ausschussmitglieder begrüßt.

Frau Dr. Schröter stellt folgendes zur Abstimmung:

Die vorgeschlagene Bezeichnung der Straße Q3.1 „Hans-Georg-von-Ribbeck-Straße“ wird geändert in „Hans-Georg-Straße“.

Die Planstraße Q3.2 wird gemäß Antrag in „Margarethe-Gottliebe-Weg“, die Planstraße Q3.3 gemäß Antrag in „Eva-Katharina-Weg“ und die Planstraße Q3.4 gemäß Antrag in „Christoph-Friedrich-Weg“ benannt. Zudem wird eine Tafel zur Erläuterung der Straßenbenennungen aufgestellt.

**Abstimmungsergebnis:
Einstimmig angenommen**

zu 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 5.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2015/2016

Vorlage: 14/SVV/1088

Frau Dr. Schröter informiert darüber das Anträge auf Rederecht von Herrn Dr. Knuth (Direktor Naturkundemuseum), Frau Dr. Palent (Geschäftsführerin und Künstlerische Leiterin der Musikfestspiele Sanssouci und Nikolaisaal Potsdam gGmbH) und Herrn Carsten Hensel (Brandenburgischer Kunstverein e.V.) zu dem Tagesordnungspunkt eingegangen sind. Den Anträgen auf Rederecht wird einstimmig zugestimmt.

Frau Dr. Schröter bittet zunächst um Anhörung der Redebeiträge, anschließend können Fragen gestellt und Diskussion geführt werden.

Die Änderungsanträge der Kooperation, die im Rahmen der Sitzung aufgerufen werden sollen, werden an die Mitglieder des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft ausgeteilt.

Frau Dr. Schröter übergibt Herrn Dr. Knuth das Wort.

Herr Dr. Knuth nimmt Bezug auf den seitens der Kooperation gestellten Änderungsantrag nach dem der Wirtschaftsförderung eine Stelle aus dem Naturkundemuseum zur Verfügung gestellt werden soll. Das Naturkundemuseum verfüge derzeit über 12,75 Stellen. Effektiv sollen zwei neue Stellen im Naturkundemuseum eingerichtet werden. Gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung im Jahr 2014 bekommt das Naturkundemuseum eine Stelle für eine Museumspädagogin ab 2015 zur Verfügung gestellt. Im Jahr 2016 ist beabsichtigt im Naturkundemuseum eine Wissenschaftlerstelle zu besetzen. Diese wurde bereits 2012 beantragt, aufgrund von fehlenden Mitteln konnte diese jedoch nicht gewährt werden. Der im Haushalt abgebildete Stellenzuwachs ist dem geschuldet, dass Stellen, die bereits im Naturkundemuseum besetzt sind, seit mehreren Jahren im Stellenpool der Personalsteuerung der Stadt oder anderen Einrichtungen geführt wurden. Die Stellen werden budgetneutral an das Naturkundemuseum übertragen.

Prinzipiell sind zur Erfüllung der Aufgaben im Naturkundemuseum zwei wissenschaftlich Stellen erforderlich. Die Betreuung der Sammlungen müsse sichergestellt werden. Derzeit seien viele Sammlungen nicht betreut. Zudem müssen Konzepte erarbeitet werden, was ohne wissenschaftliche Stellen nicht möglich ist. Hinzu kommt die Zielsetzung, das angeeignete und bestehende Wissen weiterzugeben. Sollte die wissenschaftliche Stelle weggenommen werden, sind Schwierigkeiten bei der Entwicklung des Hauses absehbar. Das Museum ist das einzige Naturkundemuseum im Land Brandenburg.

Frau Dr. Magdowski nimmt Bezug auf ein im Jahr 2013 erstelltes Gutachten der Dortmunder Kulturbetriebe. Demnach wurden zwei wissenschaftliche Stellen für das Museum als erforderlich angesehen. Die zukünftige Situation gestaltet sich so, dass der Direktor des Museums 2016 in Rente gehen wird. Des Weiteren sieht das Gutachten weitere Regelung zur Stellenbesetzung zum Beispiel in der Präparation, im Service oder auch in der Museumspädagogik vor. Danach ist auch die Planung des Hauses ausgerichtet.

Frau Dr. Schröter übergibt Frau Dr. Palent das Wort.

Frau Dr. Palent appelliert an die Mitglieder des Ausschusses, die Kulturträger und auch die Musikfestspiele Sanssouci und Nikolaisaal Potsdam gGmbH bei der Umsetzung der bundesweiten Gesetze, wie dem Mindestlohn, zu unterstützen. Im Jahr 2014 wurde die gGmbH in Bezug auf den Mindestlohn verursachten finanziellen Aufwuchs nicht unterstützt.

(bzgl. Brandenburgisches Vergabegesetz)

Frau Dr. Schröter übergibt Herrn Hensel das Wort.

Herr Hensel berichtet den Mitgliedern, dass bei der Stadt Potsdam ein Antrag auf institutionelle Förderung gestellt wurde.

Herr Gohlke, künstlerischer Leiter beim Brandenburgischen Kunstverein informiert die Ausschussmitglieder über den Werdegang des Brandenburgischen Kunstverein Potsdam e.V.. Seit 2011 befindet sich der Verein im Pavillon auf der Freundschaftsinsel. Seitens der Stadt erhält der Verein bis dato einen Personalkostenzuschuss, worüber der Verein sehr dankbar ist. Es sind über die Zeit mehrere Aufgaben hinzugekommen, weshalb bei der Stadt Potsdam Projektmittel in Höhe von 20.000,00 € beantragt wurden.

Frau Dr. Schröter ruft die Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE auf:

1. *„Alle institutionell geförderten Kultureinrichtungen erhalten für die zusätzlich entstehenden Kosten bei der Zahlung des gesetzlichen Mindestlohns ab 2015 die Differenz des Kostenaufwuchses in Höhe von ca. 140.000 € erstattet“.*

Herr Dr. Kwapis fragt in dem Zusammenhang nach einer Übersicht aus dem die Auswirkungen des gesetzlichen Mindestlohns der freien Träger hervorgehen. Dies sollte seitens der Verwaltung geprüft werden.

Frau Dr. Seemann berichtet, dass die freien Träger angeschrieben wurden, um die direkten Auswirkungen des gesetzlichen Mindestlohns zu erfragen. Zu berücksichtigen ist jedoch in dem Zusammenhang, dass weder die indirekten Auswirkungen des Mindestlohns erfragt und betrachtet noch die allgemeine Teuerung für die freien Träger berücksichtigt wurden.

Frau Dr. Magdowski ergänzt dahingehend, dass auf Grund der Meldungen der freien Träger ein Mehrbedarf von etwa 43.000,00 € notwendig wäre. Hinzu kommt der Bedarf der Musikfestspiele Sanssouci und Nikolaisaal Potsdam gGmbH von etwa 25.000,00 €.

Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass seitens der Fraktion DIE LINKE ein Mehrbedarf von 140.000,00 € und von der Kooperation ein Mehrbedarf von 70.000,00 € im Rahmen der Änderungsanträge zum Haushalt beantragt wurden.

Herr Dr. Scharfenberg hinterfragt die durch die Kooperation angegebene Deckungsquelle (Mehrerträge Baugenehmigungen). Angemessener wäre es die Deckungsquelle, die seitens der Fraktion DIE LINKE angegeben wurde, die Einstellung der Förderung der Stadt für M100 in Höhe von 70.000,00 €, heranzuziehen. Zudem sollten alle institutionell geförderten Einrichtungen und nicht nur die freien Träger, wie es im Änderungsantrag der

Kooperation heißt, Kostenaufwüchse durch den gesetzlichen Mindestlohn erstattet bekommen.

Herr Kolesnyk erwidert, dass seiner Ansicht nach die Gesellschaften keine finanziellen Mittel zum Ausgleich von Aufwüchsen bezüglich des gesetzlichen Mindestlohns erhalten sollten. Die Gesellschaften sind durch das Brandenburgische Vergabegesetz bereits seit längerer Zeit an den Mindestlohn gebunden, anders als die freien Träger.

Frau Dr. Palent entgegnet, dass die Gesellschaft 14 Jahre lang keine Anpassung bezüglich Tarifsteigerungen erhalten hat. Eine Förderung durch das Land erfolgte nicht.

Frau Dr. Schröter stellt den Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3
Ablehnung: 4
Enthaltung: 0

Der Änderungsantrag wird abgelehnt.

Frau Dr. Schröter stellt den Änderungsantrag E 5 der Kooperation zur Abstimmung:

E 5 – Finanzielle Unterstützung freier Träger im Kulturbereich

„Die SVV möge in ihrem Haushalt für die Jahre 2015/2016 den freien Kulturträgern zusätzlich einen finanziellen Aufwuchs zusichern, damit diese in die Lage versetzt werden, bundesgesetzliche Regelungen zu erfüllen. Dazu ist ein finanzieller Mehrbedarf im Kulturetat von etwa 70.000 € vorzusehen.“

**Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen**

Frau Dr. Schröter stellt den folgenden Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Abstimmung:

2. *„Das Kunsthaus soll eine zusätzliche Förderung von 10.000 € erhalten.“*

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3
Ablehnung: 4
Enthaltung: 0

Der Änderungsantrag wird abgelehnt.

Frau Dr. Schröter stellt den folgenden haushaltsbegleitenden Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Abstimmung.

Förderung von Atelierraum

1. *„Es ist ein Programm zur finanziellen Förderung von Atelierraum zur Unterstützung bildender Künstler/innen für 2015/2016 aufzulegen.“*

Auf Nachfrage, warum dieser Antrag gestellt wurde, erläutert Frau Dr. Schröter, dass dadurch der im Januar in der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Antrag zur Auferlegung eines Atelierprogramms finanziell im Haushalt untersetzt werden soll.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3

Ablehnung: 0

Enthaltung: 4

Der Änderungsantrag wird angenommen.

Frau Dr. Schröter ruft den Änderungsantrag der Kooperation E 1 auf:

E 1 – Kultur

„Im Etat des FB Kultur und Museum sollen folgende Änderungen mit Sperrvermerk vorgenommen werden:

- *Einführung eines Unterproduktes für freie Orchester (Collegium Musicum und Neues Kammerorchester) i.H.v. jährlich 50.000 €.*
- *Förderschwerpunkt „Kulturelle Bildung“ entsprechend der Kulturpolitischen Konzepte verankern*
- *Erhöhung der Zuwendung für das Poetenpack (10.000 € jährlich), den Kunstverein „Kunsthhaus“ (8.000 €), den „Offenen Kunstverein“ (14.000 € jährlich)“*

Herr Kolesnyk betont, dass das Collegium Musicum und das Neue Kammerorchester lediglich als Beispiele genannt wurden. Es wäre zu überlegen einen gewissen Anteil der 50.000,00 € nur für Laienorchester bereitzustellen. Als Deckungsquelle wurden hier eventuell frei werdende Mittel seitens der Stadt auf Grund von gewährten Landesmitteln an das Hans Otto Theater, genannt. Wenn keine Gelder durch das Land gewährt werden sollten, dann würde durch die Kooperation eine andere Deckungsquelle genannt werden.

Herr Dr. Scharfenberg stellt die Deckungsquelle in Frage. Die Mittel sind noch nicht geflossen. Daher ist die Deckungsquelle nicht belastbar.

Frau Dr. Schröter ergänzt, dass der Haushalt des Landes voraussichtlich erst im Juni beschlossen wird.

Herr Kolesnyk entgegnet, dass der Änderungsantrag aus diesem Grund mit einem Sperrvermerk versehen wurde.

Frau Grimm stellt fest, dass die Kooperation gewillt zu sein scheint den Änderungsantrag auch zu finanzieren. Jedoch sollte eine belastbare Deckungsquelle jetzt schon genannt werden können.

Herrn Dr. Kwapis unterstreicht, dass es seiner Ansicht nach hierbei um ein unlauteres Angebot handelt.

Frau Morgenroth erwidert, dass dies als Signal an das Land gesehen werden könne. Eine Beteiligung an Tarifierhöhungen seitens des Landes wäre wünschenswert.

Frau Dr. Schröter stellt zum Änderungsantrag E 1 folgenden Änderungsantrag:

„Es ist eine geänderte Deckungsquelle ggf. aus verminderten Zinsaufwendungen anzugeben.“

Der Änderungsantrag von Frau Dr. Schröter wird zur Abstimmung gestellt:

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3

Ablehnung: 4

Enthaltung: 0

Der Änderungsantrag zum Änderungsantrag E 1 wird abgelehnt.

Frau Dr. Schröter stellt den Änderungsantrag E 1 zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4

Ablehnung: 2

Enthaltung: 1

Der Änderungsantrag wird angenommen.

Herr Dr. Kwapis stellt den Geschäftsordnungsantrag über die Änderungsanträge der Kooperation in einem Block abzustimmen.

Frau Dr. Schröter stellt den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 1

Ablehnung: 5

Enthaltung: 1

Der Geschäftsordnungsantrag wird abgelehnt.

Frau Armbruster bringt den Änderungsantrag E 2 – Kultur der Kooperation ein.

Frau Dr. Schröter stellt den Änderungsantrag der Kooperation E 2 zur Abstimmung:

E 2 – Kultur

„In der Haushaltssatzung § 8 soll folgende Änderung vorgenommen werden:

- Wegfall der Bewirtschaftungssperre für die kleinteilige Projektförderung (UP 2840105.5318100)“*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig angenommen

Herr Mensch bringt den Änderungsantrag E 3 – Skulpturenpfad der Kooperation ein.

Frau Dr. Schröter stellt den Änderungsantrag der Kooperation E 3 zur Abstimmung:

E 3 – Skulpturenpfad

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Unterstützung des Skulpturenpfades von jetzt 5.000 € auf 10.000 € pro Jahr zu verdoppeln. Darüber hinaus ist die Zukunft des Skulpturenpfades zu sichern.“

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6

Ablehnung: 0

Enthaltung: 1

Der Änderungsantrag wird angenommen.

Frau Armbruster bringt den Änderungsantrag E 4 – Unterstützung kulturelle Volksfeste der Kooperation ein.

E 4 – Unterstützung kultureller Volksfeste

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Mittel zur Unterstützung traditioneller kultureller sowie touristisch interessanter Volksfeste in einem Produkt zusammenzufassen und die Mittel um 10.000 € zu erhöhen, damit die Veranstalter ggf. bei der Zwischenfinanzierung, der Ausfallrisikoabdeckung sowie der Schaffung der Genehmigungsvoraussetzungen unterstützt werden können. Die Verwaltung wird beauftragt, bis Juni 2015 ein Konzept zur Beschlussfassung vorzulegen, wonach die wichtigsten kulturellen feste der Stadt abgesichert werden können. In dem Konzept sind die Feste, ihre Unterstützung sowie die Mittel für die Absicherung aufzulisten.“

Herr Kolesnyk erläutert, dass die Bereitstellung der Gelder unabhängig der bereits durch die Stadt gezahlten Gelder an die Veranstalter gewährt werden soll. Die 10.000,00 € dienen vordergründig zur Absicherung eventueller Risiken.

Frau Dr. Schröter weist darauf hin, dass gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 28.01.2015 bezüglich der Festivalförderung der Stadt Potsdam die Vorlage eines ersten Konzeptentwurfes bis Ende 2015 vorgesehen ist.

Auf Nachfrage von Frau Grimm weist Herr Kolesnyk darauf hin, dass sowohl in 2015 als auch in 2016 jeweils 10.000,00 € bereitgestellt werden sollen und nicht im Jahr 2016 20.000,00 €.

Frau Dr. Schröter stellt den Änderungsantrag der Kooperation E 4 zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Enthaltung:	1

Der Änderungsantrag wird angenommen.

Frau Dr. Schröter ruft den Änderungsantrag E 6 der Kooperation auf:

E 6 – Kultur

„Erhöhung der Förderung des Theaterschiffs über den geplanten Betrag hinaus um weitere 10.000 € im Jahr 2015 sowie um 10.000 € im Jahr 2016.“

Herr Schultheiß (Fraktion Potsdamer Demokraten/ BVB Freie Wähler) erhält Rederecht, um den Antrag E 6 der Kooperation, einzubringen. Er erläutert den Änderungsantrag mit den Auswirkungen des gesetzlichen Mindestlohns und notwendigen Reparaturen am Schiff.

Frau Dr. Schröter stellt den Änderungsantrag E 6 der Kooperation zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Enthaltung:	1

Der Änderungsantrag wird angenommen

Frau Dr. Schröter ruft den Änderungsantrag der Kooperation E 9 auf:

E 9 – Nachbarschaftshaus- und Begegnungshäuser

Im GB 2, GBL, 28404 Nachbarschafts- und Begegnungshäuser soll folgende Änderung vorgenommen werden:

Erhöhung des Zuschusses an das Stadtteilnetzwerk Potsdam-West um je 50.000 € im Jahr 2015 und im Jahr 2016 zur Fortführung und Absicherung der bereits bestehenden Stadtteilarbeit sowie der weiteren Entwicklung des Projektes „Nachbarschaftshaus Scholle 34“ (Produkt 28404).

Herr Kolesnyk erläutert, dass mit Hilfe des Änderungsantrages die konzeptionellen Arbeiten des Stadtteilnetzwerks Potsdam-West und die bestehenden Arbeiten unterstützt werden sollen. Dies müsste sich zukünftig auch in den Folgejahren im Haushalt widerspiegeln.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Enthaltung:	1

Der Änderungsantrag wird angenommen.

Frau Dr. Schröter ruft den Prüfauftrag P 1 der Kooperation auf:

P 1 – Bürgertreff im Entwicklungsbereich Bornstedter Feld

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie in der bestehenden oder in der noch zu errichtenden sozialen Infrastruktur des Entwicklungsbereichs Bornstedter Feld einen Bürgertreff/ Begegnungsstätte oder entsprechende Räumlichkeiten eingerichtet oder verfügbar gemacht werden können. Dem Hauptausschuss ist bis Juli 2015 zu berichten.“

Herr Mensch weist darauf hin, dass im Bornstedter Feld viel gebaut wird und ein großer Zuwachs stattfindet.

Frau Dr. Magdowski bemerkt, dass keine finanziellen Mittel dafür zur Verfügung stehen.

Frau Dr. Schröter stellt den Prüfauftrag P 1 der Kooperation zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Enthaltung:	1

Der Änderungsantrag wird angenommen.

Frau Dr. Schröter ruft den haushaltsbegleitenden Antrag der Kooperation H 5 auf:

H 5 – Finanzierung HOT

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Konzept zu entwickeln, den Eigenanteil an der Gesamtfinanzierung des HOT auf 15 % zu erhöhen. Dem Ausschuss für Kultur und Wissenschaft ist bis Januar 2016 zu berichten.“

Herr Mensch bringt den Antrag ein. Ziel ist es einen Aufwuchs der Eigenmittel von 10 % auf 15 % zu erreichen.

Die Realisierung des Eigenmittelaufwuchses durch Beschluss wird durch Mitglieder des Ausschusses in Frage gestellt.

Frau Dr. Magdowski berichtet, dass sie Vorsitzende des Kuratoriums ist. Die Beschlussfassung könne als Zielvorgabe angesehen werden.

Frau Dr. Schröter stellt den haushaltsbegleitenden Antrag H 5 der Kooperation zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **3**
Ablehnung: **3**
Enthaltung: **1**

Der Antrag wird abgelehnt.

Frau Dr. Schröter ruft den Änderungsantrag der Kooperation Z 1 auf:

Z 1 – Städtische Musikschule

*„Keine Anhebung der Gebühren für die städtische Musikschule
Die im Zukunftsprogramm geplante Einnahmeerhöhung aus steigenden
Musikschulgebühren ist zu streichen. Ein besserer Kostendeckungsgrad soll über
organisatorische Maßnahmen (weitere Stärkung Gruppenunterricht) erfolgen, nicht
aber über höhere Gebührenbelastungen für die Nutzer.“*

Herr Kolesnyk bringt den Änderungsantrag ein und merkt an, dass eine eindeutige Klärung der Zuständigkeit der Ausschüsse bezüglich der Musikschule geregelt werden müsste.

Frau Dr. Magdowski erläutert, dass sich die Musikschule im Rahmen des Zukunftsprogramms als Sparvorschlag für die Stadt bereit erklärt hat, die Gebühren zu erheben. Dies sei seit 5 Jahren nicht geschehen. Ob Einsparungen durch die Stärkung des Gruppenunterrichtes erzielt werden können, könne derzeit nicht gesagt werden.

Frau Lupuleak nimmt Bezug auf den eingereichten Änderungsantrag. Würde dieser so beschlossen, müsse beachtet werden, dass inhaltliche und organisatorische Änderungen in der Musikschule notwendig wären. Die Folgen wären beispielsweise die Reduzierung von Einzelunterricht und der Kauf von zusätzlichen Instrumenten. Unabhängig davon hängt die Umsetzung vom Nutzerwillen ab, der nicht beeinflussbar ist. Zudem wird die Musikschule wegen ihren Angeboten geschätzt und besucht.

Frau Dr. Magdowski schlägt vor, bevor konkrete Maßnahmen dazu getroffen werden, diese im Rahmen des Ausschusses vorzustellen.

Frau Dr. Schröter stellt den Änderungsantrag zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **6**
Ablehnung: **0**
Enthaltung: **1**

Der Änderungsantrag wird angenommen.

Frau Dr. Schröter ruft die Thematik des Naturkundemuseums, welche zu Beginn des Tagesordnungspunktes geschildert wurde, auf.

Herr Dr. Scharfenberg macht deutlich, dass der Ausschuss Stellung dazu beziehen muss. Die Notwendigkeit zur Unterstützung der Wirtschaftsförderung in Form einer zusätzlichen Stelle wurde vorab nicht artikuliert. Wenn es versäumt wurde, den Bedarf anzumelden, schlägt Herr Dr. Scharfenberg vor, im Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters eine Stelle, beispielsweise aus der Öffentlichkeitsarbeit, umzuverlegen.

Herr Kolesnyk bittet Herrn Dr. Knuth, seine Darstellung noch einmal den Fraktionen schriftlich zur Verfügung zu stellen.

Frau Dr. Schröter informiert darüber, dass der Ausschuss für Kultur die Thematik jahrelang begleitet hat und es jetzt ein Widerspruch und Rückschritt wäre, wenn der Ausschuss die Wegnahme der Stelle befürwortet. Der Stellenplan wurde im Rahmen einer Hauptausschusssitzung thematisiert, darin wurde kein Bedarf für die Wirtschaftsförderung angemeldet.

Herr Dr. Knuth bekräftigt noch einmal, dass eine Umsetzung der Aufträge, die auch seitens der Stadtverordnetenversammlung an das Naturkundemuseum gestellt werden, nur mit Hilfe von Fachpersonal möglich ist.

Herr Dr. Scharfenberg beantragt, dass der Ausschuss ein klares Veto gegen die Wegnahme der Stelle im Naturkundemuseum an die Wirtschaftsförderung äußert. Es sei die letzte Möglichkeit, der Ausschuss für Finanzen habe dem Antrag bereits zugestimmt.

Frau Morgenroth beantragt diesbezüglich, dass eine andere Deckungsquelle zur Unterstützung der Wirtschaftsförderung vorgeschlagen wird.

Frau Grimm spricht sich dafür aus, dass beide Anträge in eine Formulierung gefasst werden.

In Bezug auf den **Änderungsantrag E 13 der Kooperation** (E 13 – Wirtschaftsförderung stärken) stellt Frau Dr. Schröter folgenden Änderungsantrag zur Abstimmung:

Die Stelle des Naturkundemuseums geht nicht an die Wirtschaftsförderung. Es ist eine andere Deckungsquelle für die Stelle zur Stärkung der Wirtschaftsförderung vorzuschlagen.

**Abstimmungsergebnis:
Einstimmig angenommen**

Frau Dr. Schröter fragt die Ausschussmitglieder, ob noch weitere Anträge existieren.

Frau Morgenroth bringt daraufhin folgenden Antrag ein:

„Entsprechend dem Förderschwerpunkt „Kulturelle Bildung“ der kulturpolitischen Leitlinien empfehlen wir die zusätzliche institutionelle Förderung des BKV in Höhe von 10.000 € (Co-Finanzierung Kunstvermittlerin einschließlich Betriebs- und Ausstellungskosten).“

*BKV= Brandenburgischer Kunstverein e.V.

Frau Dr. Schröter erkundigt sich, ob es für den Antrag eine belastbare Deckungsquelle gebe. Dies wird verneint.

Frau Dr. Schröter stellt den Änderungsantrag von Frau Morgenroth zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5
Ablehnung: 0
Enthaltung: 2

Der Änderungsantrag wird angenommen.

Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft nimmt die Vorlage 14/SVV/1088 zur Kenntnis.

**zu 5.2 Planung zur Finanzierung städtischer Kultureinrichtungen
Vorlage: 14/SVV/0717**

Frau Dr. Schröter trägt die Anträge vor und resümiert, dass denen durch die gestellten Änderungsanträge zum Haushalt entsprochen wurden.

Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bei der Planung der Finanzausstattung städtischer Kultureinrichtungen im Haushalt 2015/2016 folgende Kriterien in die Haushaltsplanung aufzunehmen:

1. In den städtischen Kultureinrichtungen ist die zu erfolgende Tarifierhöhung durch entsprechende Erhöhung über städtische Mittel zu sichern.
2. Keine kulturelle Einrichtung der Stadt soll einer Finanzkürzung in Bezug auf das Jahr 2014 unterliegen.
3. Die Planungen für freie Kulturträger sind mindestens auf dem Niveau von 2014 zu halten.

Frau Dr. Schröter stellt den Ergänzungsantrag der Fraktion Bürgerbündnis-FDP zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 0
Ablehnung: 7
Stimmhaltung: 0

Der Ergänzungsantrag wird einstimmig abgelehnt.

Frau Dr. Schröter stellt den Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmhaltung: 1

Der Antrag wird angenommen.

**zu 5.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 8 Erhalt und Förderung des 'Extavium'
Vorlage: 14/SVV/1065**

Zu dem Tagesordnungspunkt gibt es keinen Gesprächsbedarf.

Frau Dr. Schröter stellt den Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Das wissenschaftliche Mitmachmuseum „Extavium“ ist als integraler Bestandteil der Bildungslandschaft und äußerst attraktives Ausflugsziel ein Magnet für die Bürger und die Besucher der Stadt Potsdam. Das Extavium wird bisher nicht institutionell gefördert. Daher wird vorgeschlagen, dem „Extavium“ finanzielle Mittel per anno zur Verfügung zu stellen, welche zum Beispiel mit den Mietlasten korrespondieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

Der Antrag wird angenommen.

**zu 5.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 19 Förderung Nachbarschaftshaus 'Scholle 34'
Vorlage: 14/SVV/1077**

Zu dem Tagesordnungspunkt besteht kein Gesprächsbedarf.

Frau Dr. Schröter stellt den Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die ehemalige Großgaststätte „Charlottenhof“ soll nach vielen Jahren Leerstand wiederbelebt werden - als Nachbarschaftshaus für alle Menschen im Stadtteil und darüber hinaus. Nach einer Ideenwerkstatt des Stadtteilnetzwerks Potsdam-West im November 2013, hat eine daraus hervorgegangene Arbeitsgruppe ein Konzept für die „Scholle 34“ erstellt (www.scholle34.de). Ziel dieses Vorschlags ist eine ideelle, aber auch finanzielle Unterstützung der Stadt Potsdam für die Sanierung des Hauses. Im Jahr 2015 und 2016 soll das Außengelände der „Scholle 34“ mit vielfältigen Nutzungsbereichen in Eigenarbeit gestaltet werden, wofür Material und Werkzeug benötigt wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig angenommen

**zu 5.5 Frauennamen für Potsdamer Straßen
Vorlage: 15/SVV/0047**

Frau Armbruster bringt den Antrag ein.

Frau Walter führt aus, dass ihr Frau Gisela Opitz und Frau Suse Ahlgrimm-Globisch bekannt seien. In Bezug auf eine mögliche Benennung einer Straße nach Suse Ahlgrimm-Globisch würde aus Ihrer Sicht „Suse Ahlgrimm“ ausreichen, denn unter diesen Namen sei sie auch in Erinnerung.

Herr Hohloch bringt zum Ausdruck, dass er den Antrag als nicht erforderlich ansehe. Es bestünde Einigkeit bei den Mitgliedern des Ausschusses, Frauennamen zukünftig bevorzugt bei der Auswahl zur Benennung von Straßen zu wählen. Der Ausschuss würde sich hierbei selbst eine Regelung auferlegen.

Herr Kolesnyk macht deutlich, dass der Antrag insbesondere den Vorschlagseinbringern signalisieren soll, dass Frauennamen für die Benennung von Straßen gewählt werden sollten. In der Vergangenheit wurden Frauen weniger bei Straßenbenennungen berücksichtigt.

Herr Dr. Kwapis bemerkt, dass es sich hierbei um eine Willensbekundung seitens der Stadtverordneten handelt.

Frau Morgenroth informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass in einer Publikation des autonomen Frauenzentrums viele Frauen aufgelistet seien, die sich in der Geschichte verdient gemacht haben und die in den Straßennamenspool mit aufgenommen werden könnten.

Herr Dr. Scharfenberg stellt den Geschäftsordnungsantrag über die Vorlage abzustimmen.

Frau Morgenroth stimmt dem zu.

Frau Dr. Schröter stellt den Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

In den folgenden 5 Jahren sollen vorrangig Frauen durch Straßennamen für ihr Wirken in Potsdam gewürdigt werden. Insbesondere ist die Aufnahme von Käthe Pietschker (1861-1959), Anna Zielenzinger (1887-1943), Gisela Opitz (1931-2005) und Bertha von Moeller (1877-1942) sowie Suse Ahlgrimm-Globisch (1920-2004) in den Pool der Straßennamen vorzusehen und bevorzugt einzusetzen.

Nach 5 Jahren soll das Verfahren evaluiert werden.

**Abstimmungsergebnis:
Einstimmig angenommen**

zu 6 Mitteilungen der Verwaltung

zu 6.1 Projektförderung

Herr Dr. Sprengel, Mitglied der Jury Projektförderung, präsentiert den Mitgliedern des Ausschusses die Empfehlungen der Jury. Die Jury hat in der Konstellation bereits im vergangenen Jahr eine Empfehlung zur Verteilung der Mittel bezüglich der Projekte gegeben. Eine Übersicht der Empfehlungen wird an die Ausschussmitglieder ausgereicht. Insgesamt wurden 68 Anträge gestellt mit einem Gesamtvolumen von etwa 560.000,00 €. Auf alle gewährten Anträge wurde eine 10%-Sperrung gemäß Haushaltssperre auferlegt. Lediglich bei einem Antrag im Genre der Bildenden Kunst (Down with Art e.V.) wurde die 10%-Sperrung nicht auferlegt. Gemäß Darstellungen im eingereichten Konzept, war eine

festen Zusage über die komplette Höhe unabdingbar. Gemäß des Änderungsantrages der Kooperation, zur Aufhebung der Haushaltssperre bei der kleinteiligen Projektförderung, besteht die Hoffnung, dass die Haushaltssperre zur Stadtverordnetenversammlung am 04.03.2015 aufgehoben wird.

Es ist das Ziel der Projektjury jährlich wiederkehrende Antragsteller aber auch neuen Projekten eine Chance zu geben und zu fördern.

Im Genre Film wurde ein Antrag gestellt, dieser wurde durch die Projektjury jedoch abgelehnt.

Morgen wird, wie seitens der Verwaltung auch bereits angekündigt, eine Mitteilung an die Antragsteller versendet.

Frau Dr. Schröter bedankt sich im Namen des Ausschusses für die Arbeit der Projektjury.

Frau Armbruster hinterfragt, ob Projekte, die fast 50 % weniger als die ursprünglich beantragte Summe, genehmigt bekommen sollen, dann auch noch umgesetzt werden können.

Herr Dr. Sprengel erwidert, dass sich die Projektjury die Finanzierungspläne angeschaut und dementsprechend abgewogen habe. Einige Projekte finanzieren sich zudem durch Drittmittel. Es wurde durch die Projektjury auch Anträge abgelehnt, die sehr gut waren, jedoch wurde bewusst darauf geachtet, nicht nach dem Gießkannenprinzip die zur Verfügung stehenden Gelder zu verteilen. Ein Risiko bezüglich der Projektrealisierung ist gegeben.

Frau Dr. Schröter erkundigt sich, wie verfahren wurde mit Antragstellern, die mehrere Projekte beantragt haben.

Herr Dr. Sprengel informiert darüber, dass es nicht ausgeschlossen ist, dass eine Person mehrere Projektanträge stellt und auch mehrere Projekte gefördert werden. Dies liegt jedoch nicht vor.

Auf die Nachfrage, ob seitens der Projektjury die finanziellen Mittel für die Projektförderung erhöht werden müssten, teilt Herr Dr. Sprengel mit, dass sich die zur Verfügung stehende Summe kontinuierlich vermindert habe. Es waren ursprünglich einmal 200.000,00 €. Im Jahr 2014 standen 190.000,00 € und im Jahr 2015 187.000,00 € zur Verfügung. In Bezug auf die Festivalförderung würde es die Projektjury begrüßen, wenn diese zukünftig gesondert betrachtet werden würde.

Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft nimmt die Empfehlung der Projektjury zustimmend zur Kenntnis.

zu 6.2 Chorförderung

Herr Büstrin, Mitglied der Jury für Chorförderung, berichtet über die Empfehlung der Jury zur Förderung.

An die Mitglieder des Ausschusses wird eine Übersicht ausgereicht, aus der unter anderem die Antragsteller, die beantragte Summe und die Juryempfehlung hervorgehen.

Zur Verfügung standen insgesamt 107.000,00 €. Beantragt wurden insgesamt 157.740,00 €. Ab einer bestimmten Größenordnung haben die Chöre die Aufgabe zunächst die Kammerakademie Potsdam und/oder das Staatsorchester Frankfurt anzufragen. Wenn die Orchester nicht zur Verfügung stehen, dann können andere Orchester angefragt werden. Bis dato liegen noch nicht alle Rückmeldungen der Orchester zur Begleitung der Chöre vor.

Frau Dr. Seemann informiert darüber, dass sich die Jury für Chorförderung dafür ausgesprochen hat der Singakademie Potsdam e.V. der beantragten Förderung von 20.000,00 € zuzustimmen und die Musik an der Erlöserkirche mit 31.000,00 € zu fördern.

Frau Dr. Seemann bittet darum, dies und die in der Liste aufgeführten Empfehlungen der

Jury zur Chorförderung zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Frau Dr. Schröter bedankt sich bei der Jury für Chorförderung für ihr Engagement und Unterstützung.

Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft nimmt die Empfehlung der Jury zur Chorförderung zustimmend zur Kenntnis.

zu 6.3 Sachstandsbericht Kunstpreis

Frau Dr. Seemann informiert die Ausschussmitglieder über ein in der Arbeitsgemeinschaft „Kunstpreis“ erarbeitetes Konzept zur Auslobung eines Potsdamer Preises für Bildende Kunst. Der AG gehören Akteure der Bildenden Kunst, Vertreter der LHP und Vertreter des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur an. Es soll alle zwei Jahre ein Kuratorenresidenz-Stipendium ausgelobt werden. Angewendet wird ein Nominatorenmodell. Persönlichkeiten der kuratorischen Nachwuchsausbildung und Ausstellungsinstitutionen stellen (Nachwuchs)Kuratoren, die mit ersten realisierten Projekten herausgestochen sind zur Auswahl. Anschließend entscheidet eine Jury über den Preisträger. Das Stipendium ist in zwei Stufen geteilt. Im ersten Jahr wird dem Stipendiaten ein dreimonatiger Arbeitsaufenthalt an der Schiffbauergasse zur ortsspezifischen Recherche in der LHP, in dem ein Ausstellungskonzept im Dialog mit internationalen und regionalen Künstlern entwickelt wird, gewährt. Im zweiten Jahr erfolgt anschließend die Realisierung dieses Ausstellungsprojektes mit Potsdamer Partnerinstitutionen. Der Fachbereich 24 fungiert als feste Koordinierungs- und Betreuungsstelle, die das Verfahren organisiert, Ansprechpartner für Nominatoren und Jury ist und den Stipendiaten betreut bzw. mit lokalen Partnerinstitutionen in Verbindung bringt. Seitens der Stadt werden als Grundstock für das Stipendium und Ausstellung für die Jahre 2015 und 2016 jeweils 15.000,00 € zur Verfügung gestellt. Beim Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur wurden zudem zur weiteren Ausstellungsfinanzierung Projektmittel beantragt.

Herr Gohlke, Mitglied in der AG „Kunstpreis“ begründet die Auswahl des Nominatorenmodells unter anderem damit, dass Multiplikatoren auf diese Weise für das Projekt dazugewonnen werden können und eine Vernetzung mit verschiedenen Institutionen begünstigt wird.

Frau Dr. Schröter bedankt sich für die Darstellungen und spricht ihr Lob gegenüber allen Beteiligten zu der Konzepterstellung aus.

zu 7 Sonstiges

Herr Reich erkundigt sich zum Sachstand Depots Potsdam Museum.

Frau Dr. Magdowski bezieht sich auf das bereits erwähnte Angebot der Stiftung Großes Waisenhaus. Aktuell wird geprüft ob eine Depotänderung überhaupt noch notwendig ist. Eventuell muss keine Räumung auf Hermannswerder erfolgen.

Frau Dr. Schröter schlägt vor, in der Sitzung im März einen Sachstand Depots Potsdam Museum erneut aufzurufen.

Dr. Karin Schröter
Vorsitzende des Ausschusses für
Kultur und Wissenschaft

Bettina Schmidt
Schriftführerin